



# Die Kosten der alternden Gesellschaft

**Prognose** Sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung werden in den kommenden Jahrzehnten das Sozialsystem stark verändern: Ein FBP-Postulat stellt 22 Fragen.

VON JOHANNES MATTIVI

Obwohl einige VU-Abgeordnete bezweifelten, dass die Regierung alle Fragen des FBP-Postulats beantworten werde können, wurde es zum Schluss mit 19 Jastimmen an die Regierung überwiesen. Den Postulanten geht es um nichts weniger als die künftige Finanzierbarkeit des Gesundheits- und Pflegewesens, der Staatsausgaben und um die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Die Eckdaten sind bekannt. Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boom-Generation werden in den kommenden 15 bis 20 Jahren in Pension gehen. Zudem ist die Geburtenrate stark gesunken und die Lebenserwartung steigt weiter an, sodass sich das Verhältnis von älteren Menschen zu Erwerbstätigen immer stärker verschiebt. Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt werden in den kommenden Jahrzehnten demnach deutlich stärker zunehmen als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung.

## Sicherung der Staatsfinanzen

In ihrem Postulat lädt die FBP-Fraktion die Regierung ein, dem Landtag im Laufe der kommenden Monate darzustellen, welche Auswirkungen die demografische Entwicklung auf das Sicherstellen der AHV, auf das Finanzieren der Langzeitpflege und andere Betreuungsformen älterer Mitmenschen, auf die sozialen Insti-

tutionen sowie insbesondere auf die öffentlichen Finanzen aus Sicht einer Langzeitperspektive bis 2040 haben wird. Mit einer Bestandsaufnahme, so hoffen die Postulanten, könnten die langfristigen Auswirkungen der heutigen Politik abgeschätzt und ein allfälliger Handlungsbedarf aufgezeigt werden.

## Stärkere Belastung als Finanzkrise

Der FBP-Abgeordnete Rainer Gopp machte die Situation noch einmal deutlich. Bis zum Jahr 2040 wird eine Verdoppelung der über 65-Jährigen und der über 80-Jährigen prognostiziert. Der Altersquotient werde sich ebenfalls verdoppeln, d. h. auf einen Erwerbstätigen werden doppelt so viele Rentner kommen, die es zu finanzieren gilt. Der IWF, so Gopp, rechnet in einer Studie vor, dass die Belastung der Staatshaushalte der OECD-Länder durch die Überalterung der Gesellschaft in den



**«Nicht alle im Postulat gestellten Fragen werden beantwortbar sein.»**

PETER HILTI  
VU-FRAKTIONSSPRECHER

kommenden zwei Jahrzehnten 15-mal höher ausfallen werde als die Auswirkungen der aktuellen Finanzkrise. Auch wenn Liechtenstein gegenüber vielen anderen Staaten in einer komfortableren Ausgangsposition sei, gelte es dennoch jetzt, politisch gegenüber den künftigen Herausforderungen zu agieren, als später unter Schmerzen zu reagieren. Die Regierung versprach, sich mit den Fragen auseinanderzusetzen und verwies dabei auf die im Herbst vorliegende Generationenbilanz, die manche Frage beantworten werde.